

presse

Schnelles Handeln des Patientenbeauftragten ist gefragt

Nach dem heutigen Gespräch der Arbeitsgruppe mit dem Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband zu Fragen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack:

Die Unabhängige Patientenberatung in Deutschland (UPD) ist ein Modellprojekt, das von der Gesetzlichen Krankenversicherung bis zum Ende des Jahres finanziert wird. Die SPD fordert den Patientenbeauftragten der Bundesregierung auf, schnellstmöglich eine Regelung für die Weiterfinanzierung vorzulegen. Die UPD ist im Sinne des gesundheitlichen Verbraucherschutzes unerlässlich, sagt Kerstin Tack.

Es muss zu einer schnellen Regelung für die zukünftige Arbeit der Unabhängigen Patientenberatung in Deutschland (UPD) kommen. Darin sind wir uns mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) einig.

Die UPD wird bis zum Ende dieses Jahres als Modellprojekt von der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert, eine Weiterfinanzierung in einer Regelförderung ist aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher unerlässlich.

Die SPD fordert den Patientenbeauftragten der Bundesregierung auf, schnellstmöglich eine tragfähige Regelung vorzulegen, die bis zum Sommer beschlossen werden muss, um Kündigungen zu vermeiden.

Geklärt werden muss vor allen Dingen:

- die finanzielle Sicherheit und Anbindung für ein unabhängiges Arbeiten der Berater und Beraterinnen
- eine etwaige Ausweitung des jetzigen Angebots.